



HESSISCHER LANDTAG

10.11.2016

HHA

Änderungsantrag

der Fraktion der SPD

**zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die
Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das
Haushaltsjahr 2017 (Haushaltsgesetz 2017)**

Drucksache 19/3674

Inhalt des Antrags: **Anpassung des Haushaltsvermerks**

Einzelplan **15 Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel Haushaltsdarstellung für Kapitel 15 05 bis 15 23 -Hochschulen -
Buchungskreis:

Weitere Änderungen im Wirtschafts-/ Stellenplan:

In der Haushaltsdarstellung für die Kapitel 15 05 bis 15 23 -Hochschulen – wird auf Seite 137 unter der Punkt II. Haushaltsvermerke zu Kapitel 15 05 bis Kapitel 15 23, Ziffer 3., Satz 3 wie folgt neu gefasst werden:

„Bis zu 50% der Mittel des Hochschulpakts 2020 dürfen für unbefristete Beschäftigungsverhältnisse verwendet werden.“

Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Die Streichung des ursprünglichen Teilsatzes soll es den Hochschulen ermöglichen, dass sie die heute aus dem Hochschulpakt 2020 finanzierten Stellen weiterhin unbefristet besetzen können, um so qualifiziertes Personal anwerben zu können, ohne dass es ihr Grundbudget belastet.

Wiesbaden, 09.11.2016

Für die Fraktion der SPD
Der Parlamentarische Geschäftsführer

Günter Rudolph